

Die Woche im Bundestag

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Wie keine andere Fraktion treten wir für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland an. Wir stehen für die Interessen aller Regionen unseres Landes ein – Stadt oder Land, Ost oder West. Darum haben wir diese Frage zu einer zentralen Aufgabe dieser Wahlperiode gemacht. Im Fokus stehen dabei die gerechte Verteilung von Ressourcen sowie die Möglichkeit der Teilhabe unabhängig vom Wohnort.



Strukturschwächen in ländlichen Räumen, in Regionen, Städten und Kommunen sollen wirkungsvoll bekämpft und die Kommunen beim demografischen Wandel unterstützt werden.

Konkrete Maßnahmen sind u.a. die flächendeckende Versorgung mit Gesundheits- und Pflegeangeboten, die Verbesserung von Infrastruktur und Mobilität, der Ausbau von Bildungs- und Kulturangeboten, der Breitband- und Mobilfunkausbau, Unternehmens- und Behördenansiedlungen, die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft sowie die Fachkräftesicherung. Weiterhin soll ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen, Städte, Gemeinden und Kreise entwickelt sowie eine überjährige Bündelung von Regionalfördermitteln für die Finanzierung von Regionalprojekten vor Ort ermöglicht werden.

Die im Juli 2018 eingesetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ soll gemeinsam mit Ländern und Kommunen konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten. Bis zum Herbst 2020 soll diese Kommission erste Vorschläge erarbeiten, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland näher zu kommen.

Sofortprogramm Pflege

Durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen soll sich nicht nur der Alltag der Kranken- und Altenpfleger, sondern auch die Betreuung der Patienten und Pflegebedürftigen deutlich verbessern. Mit dem Gesetzentwurf zur Stärkung des Pflegepersonals (Pflegepersonalstärkungsgesetz) sollen ab 2019 bis zu 13.000 neue Stellen in der Pflege geschaffen werden.

Um die Personalausstattung in der Pflege im Krankenhaus zu verbessern, wird zukünftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflege-



stelle am Bett vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Auch Tarifsteigerungen für Pflegekräfte werden durch das neue Gesetz vollständig von den Kostenträgern refinanziert. Zusätzlich werden die Ausbildungsvergütungen von Auszubildenden in der Kinderkrankenpflege, der Krankenpflege und in der Krankenpflegehilfe im ersten Ausbildungsjahr ab 2019 vollständig und nicht mehr nur anteilig von den Kostenträgern refinanziert. Durch diese Maßnahme soll ein Anreiz geschaffen werden, mehr Ausbildungsplätze in der Pflege zu schaffen.

Auch die vollstationäre Altenpflegeeinrichtungen in Deutschland profitieren vom Pflegepersonalstärkungsgesetz. Einrichtungen bis zu 40 Bewohnern erhalten eine halbe Pflegestelle, Einrichtungen mit 41 bis 80 Bewohnern eine Pflegestelle, Einrichtungen mit 81 bis 120 Bewohnern eineinhalb und Einrichtungen mit mehr als 120 Bewohnern zwei Pflegestellen zusätzlich.

Axel Knoerig: 134 Abgeordnete unterstützen 5G-Initiative



Peter Bleser, Stefan Rouenhoff, Axel Knoerig, Ralph Brinkhaus, Astrid Grotelüschen und Carsten Müller (v.l.)

Schöner Erfolg unserer Initiative zum 5G-Mobilfunkausbau: 134 Abgeordnete unterstützen unser Engagement für eine gleichwertige Berücksichtigung der ländlichen Räume bei den aktuellen Planungen der Bundesnetzagentur. Mit den Landesgruppenmitgliedern Astrid Grotelüschen und Carsten Müller sowie auch Peter Bleser und Stefan Rouenhoff habe ich innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie bei den Unionskollegen in den Landtagen um Unterstützung geworben. Eine solche bundesweite Aktion hat es bislang noch nie gegeben. Am Mittwoch überreichten wir die gesammelten Unterschriften an unseren Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus im Deutschen Bundestag.

Damit unterstützt mehr als die Hälfte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unseren Aufruf an die Bundesnetzagentur, bei den Entwürfen für die 5G-Frequenzvergabe an die Netzbetreiber in 2019 nachzubessern. Die durchweg positive Resonanz macht deutlich, wie wichtig ein fairer flächendeckender 5G-Ausbau in Stadt und Land ist. Wir wollen, dass alle Bürger und Unternehmen davon profitieren kön-

nen, da wichtige Zukunftstechnologien wie autonomes Fahren oder Industrie 4.0 überhaupt nur mit 5G machbar sein werden.

Die enorme Unterstützung hat bereits Wirkung gezeigt. So berichtete der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, in dieser Woche zu geplanten Neuerungen bei den Vergabebedingungen in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie der Unionsfraktion und im Wirtschaftsausschuss des Bundestages. Dabei nannte er mehrere Verbesserungen, was die vorgesehenen Vorschriften für die 5G-Frequenzvergabe an die Mobilfunkbetreiber in 2019 betrifft. So sollen nun auch Landes- und Staatsstraßen in den Ausbau einbezogen werden. Die Abdeckung auf Schienenwegen wird von 50 auf 100 Mbit/s erhöht; die Einschränkung auf fahrgaststarke Strecken soll nach Prüfung ggf. entfallen. Ich habe hierbei auf die wichtige Versorgung von Kreisstraßen in ländlichen Gebieten hingewiesen.

Grundsätzlich brauchen wir einen verlässlichen Zeitplan zum Mobilfunkausbau in den Regionen. Die Bundesnetzagentur muss eine Strategie für die schnellstmögliche Schließung der weißen Flecken vorlegen. Beim nächsten Frequenzvergabeverfahren ab 2022 muss die gleichwertige Versorgung aller Regionen Deutschlands von Anfang an berücksichtigt werden!



Nachbesserungsbedarf bei 5G Frequenzvergabe

Zur aktuellen Diskussion anlässlich der anstehenden 5G-Frequenzvergabe erklärt der für digitale Infrastruktur zuständige, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ulrich Lange:

"Die Bundesnetzagentur wird sich bewegen und das zeigt, dass sich die politische Diskussion lohnt. Einige Vorschläge sind aber für den ländlichen Raum weiterhin kritisch. Wenn

einer das Netz ausbaut und die anderen zwei Anbieter dann aus der Ausbaupflicht entlassen werden, ist eine solche Regelung das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist. Notwendig ist, dass in diesen Fällen die Kunden das Netz vor Ort mitnutzen können. Hierfür werden wir die entsprechenden rechtlichen Grundlagen schaffen."

Stephan Albani: Austausch in schwierigen Zeiten



Stephan Albani (links), Botschafter Michael Collins (2. v.r.) und weitere Parlamentarier

Die deutsch-irischen Beziehungen sind älter als die Republik Irland selbst, sogar ein preußischer Prinz war für kurze Zeit als König eines unabhängigen Irlands im Gespräch: Führende Köpfe des

Osteraufstandes favorisierten 1916 Joachim von Preußen als künftigen Monarchen – obwohl dieser nicht einmal Englisch sprach. Dies sei jedoch ein Vorteil, schließlich könne er so eher gewillt sein, das Irische zu erlernen. Es kam jedoch anders: Irland wurde 1922 unabhängige Republik und nahm direkt diplomatische Beziehungen zum Deutschen Reich auf. Heute sind unsere Länder über offene Grenzen und gemeinsame Währung innerhalb der EU eng verbunden. Auch der Schock des Brexit beeinträchtigte diese Zusammenarbeit nicht – ganz im Gegenteil: Im Dezember 2017 kündigte Außenminister Simon Coveney an, die Beziehungen zu Deutschland deutlich stärken zu wollen. Gemeinsam

mit der deutschen Seite wurde im Frühjahr 2018 ein Maßnahmenplan vorgestellt: So soll bereits 2019 ein neues irisches Generalkonsulat in Frankfurt eröffnen und die Forschungszusammenarbeit deutlich ausgeweitet werden. Diese wichtigen Initiativen dürfen nicht allein auf Regierungsebene erfolgen, sondern müssen auch parlamentarisch gestaltet werden. Als Vorsitzender der Deutsch-Irischen Parlamentariergruppe im Bundestag setze ich deshalb auf Dialog: So tauschten wir uns bereits mit Außenminister Coveney aus. Zuletzt trafen wir in dieser Woche den irischen Botschafter Michael Collins – und machten auch vor dem schwierigen Thema des Brexit keinen Halt. Sollte zwischen Irland und dem britischen Nordirland eine EU-Außengrenze entstehen, droht der mühsam befriedete Konflikt wieder aufzubrechen. Die Bedeutung dieser inner-irischen Grenze verdeutlichte Botschafter Collins anhand einer prägnanten Zahl: So gäbe es auf den 500 Grenzkilometern über 200 Übergänge – auf der ähnlich langen deutsch-polnischen Grenze sind es gerade einmal 19. Der Austausch muss daher dringend fortgeführt werden – auch mit deutscher Beteiligung. Als Parlamentariergruppe planen wir deshalb in der nahen Zukunft eine Reise auf die grüne Insel, um dort irische Parlamentarier zu treffen.

Henning Otte: 3 Fragen, 3 Antworten



In Norwegen fand die bislang größte NATO-Übung seit Ende des Kalten Krieges statt. An dem Großmanöver "Trident Juncture" (übersetzt: „Dreizack-Verbindung“), nahmen rund 50.000 Soldaten aus über 31 Nationen teil. Mit dabei war auch die Bundeswehr, mit rund 8000 Soldaten zweitgrößter Truppensteller nach den USA.

Was passiert bei Trident Juncture?

Ziel dieser multinationalen Übung ist es, die Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und mit weiteren Partnern wie Schweden und Finnland zu üben. Hintergrund ist die veränderte sicherheitspolitische Lage in Folge der offensiven russischen Außenpolitik. Deswegen wurde die Entscheidung bei den zurückliegenden NATO-Gipfeln getroffen, den Bereitschaftsgrad der NATO zu erhöhen. Trident Juncture ist Teil dieser Bemühungen.

Warum ist Deutschlands Beteiligung hieran wichtig?

Die Übung ist auch ein wichtiger Testlauf für die „schnelle NATO-Speerspitze“ VJTF. Deutschland wird 2019 und 2023 die Führung für diese Eingreiftruppe mit sehr hohem Bereitschaftsstatus übernehmen, die ein wichtiger Teil der glaubwürdigen Verteidigungsbereitschaft der NATO ist. Viele Erkenntnisse aus Trident Juncture können für die weiteren Planungen der VJTF 2019, aber auch 2023 genutzt werden. Deutschland zeigt mit seiner Beteiligung, dass wir ein verlässlicher NATO-Bündnispartner sind. Von dieser multinationalen Zusammenarbeit profitieren wir alle. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes.

Können solche Übungen nicht auch als Beitrag zu einer Eskalation missverstanden werden?

Nein! Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis. Die NATO Übungen richten sich auch nicht gegen ein bestimmtes Land oder eine bestimmte Region. Die Übung ist defensiv angelegt, denn es geht um den Schutz der Mitgliedstaaten. Die Verlässlichkeit der NATO als Verteidigungsbündnis soll verdeutlicht und weiter verbessert werden. Es geht hier alleine darum, die Streitkräfte der NATO Staaten zu befähigen, reibungslos und zielgerichtet in einer Krise zusammen zu arbeiten.

Ein Besonderer Tag in der deutschen Geschichte



Am Freitag, dem 9. November, werden wir im Plenum dieses besonderen Tages in der deutschen Geschichte gedenken: Wir erinnern uns an den Mauerfall 1989, an die Reichspogromnacht vor 80 Jahren sowie an die Ausrufung der Republik 1918.

Am 11. November jährt sich zudem das Ende des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Diese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts brachte große Veränderungen für Europas Landkarte. Erste Ideen einer europäischen Einigung entstanden in der Folge, aber erst nach dem noch schlimmeren 2. Weltkrieg gelang ihnen der Durchbruch. Für die europäische Einigung steht niemand so sehr wie wir als Union. Unsere einstigen Feinde sind heute unsere Freunde und Partner. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass dies so bleibt.

Die Woche im Parlament

Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz). Unser „Rentenpaket“ bündelt eine ganze Reihe von Verbesserungen für Rentner. So erhöhen wir etwa die Mütterrente um einen halben Rentenpunkt für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind. Wir schaffen Verbesserungen für krankheitsbedingte Frührentner und führen eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz ein. Nicht zuletzt werden Geringverdiener bei den Sozialabgaben ohne Einbußen beim Rentenanspruch entlastet, indem wir die Grenze für ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge auf 1.300 Euro Monatseinkommen anheben. Die Leistungen des Pakets, das wir in zweiter und dritter Lesung beraten, sollen zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

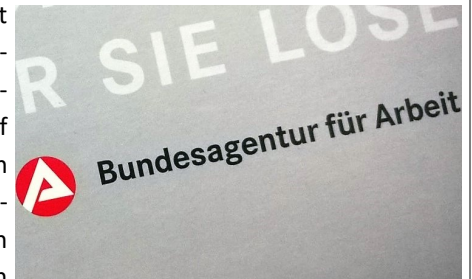
Gesetz zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (Familienentlastungsgesetz – FamEntlastG). Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Reihe von Verbesserungen zugunsten von Familien mit Kindern. Diese umfassen eine Erhöhung des Kindergelds um 10 Euro ab 1. Juli 2019 sowie eine Anhebung des Kinderfreibetrags um 192 Euro ab 1. Januar 2019. Ebenfalls wird der steuerliche Grundfreibetrag angehoben und die kalte Progression abgebaut. Durch diese Maßnahmen werden Familien mit Kindern und insbesondere Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen um insgesamt rund 9,8 Mrd. Euro pro Jahr entlastet. Bis 2022 summieren sich die Entlastungen auf fast 35 Mrd. Euro. Wir bauen mit diesem Gesetz zum 6. Mal in Folge die kalte Progression ab, so dass Lohnerhöhungen nicht von einer höheren Steuer aufgeessen werden.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes. Wir beschlossen in 2./3. Lesung eine Änderung des Asylgesetzes, die anerkannte Asylbewerber zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Das bisherige Fehlen einer solchen Pflicht hat sich insbesondere bei im schriftlichen Verfahren erteilten Anerkennungen als problematisch erwiesen.

Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. In 2./3. Lesung ermöglichen wir eine Erleichterung bei der Planung und Genehmigung von Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur, damit vorgesehene Mittel schneller investiert werden können. Verschiedene Maßnahmen sollen hierfür genutzt werden können, etwa die Veröffentlichung der Planungsunterlagen im Internet zur Erleichterung der Bürgerbeteiligung. Im Bereich der Schiene werden Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren bei einer Stelle, dem Eisenbahn-Bundesamt, gebündelt. Darüber hinaus wird die Liste von Schienenvorhaben fortgeschrieben, für die das Bundesverwaltungsgericht einzige Instanz ist. Die Klagebegründungsfrist wird vereinheitlicht. Nicht zuletzt soll die neu eingeführte Möglichkeit zur Erteilung einer vorläufigen Anordnung dazu beitragen, dass Vorhabenträger unter bestimmten Voraussetzungen bereits vor Erlass des Planfeststellungsbeschlusses mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen können.

Daten und Fakten

Arbeitslosenquote auf Tiefstand. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Oktober gegenüber dem Vormonat um 53 000 auf 2,204 Millionen Menschen gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr waren



es 185 000 Jobsuchende weniger, wie die Bundesagentur für Arbeit am Dienstag in Nürnberg mitteilte. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1 Punkte auf 4,9 Prozent.

(Quelle: DPA/Bundesagentur für Arbeit)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:

Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139

Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:

Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.